

AUSGABE 4 2014

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE-MAGAZIN



Einblicke: Von Basel bis Belgrad

Ministerratsbeschlüsse | Prioritäten des Vorsitzes | Mission in Serbien



Überblick »



1 Basel, Schweiz Die Stadt war Schauplatz der größten internationalen Veranstaltung ihrer Geschichte, als so viele Minister und Delegierte wie noch nie zum jährlichen Ministerrattreffen zusammenkamen, das den krönenden Abschluss des Schweizer OSZEVorsitzes bildete. _4

2 Serbien 2015 übernimmt das südosteuropäische Land den Vorsitz der OSZE. Ivica Dačić, Außenminister von Serbien und damit designierter Amtierender Vorsitzender der OSZE, spricht über seine Pläne für das kommende Jahr. _8

3 Jordanien Seine Königliche Hoheit Prinz El Hassan bin Talal erläutert, wie sehr in unserer Zeit die Gewährleistung der menschlichen Sicherheit am Wasser hängt und wie Wasser in Zukunft Teil der Problemlösung sein kann. _13

4 Odessa, Ukraine Mediatoren kamen zu einem dreitägigen Meinungsaustausch zusammen, um eine Lösung für das „Dreieck der Missverständnisse aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft“, wie einer der Teilnehmer sagte, zu finden. _28

INHALT >> Ausgabe 4, 2014



#OSZE

Kein Jahr wie jedes andere:
Der Ministerrat in Basel **_04**

INTERVIEW

Begegnung mit dem Amtierenden
Vorsitzenden **_08**

SICHERHEITSGEMEINSCHAFT
Wasser als Friedensbringer **_13**

EINE FRAGE

Von Belgrad aus gesehen:
Die OSZE-Mission und ihre Leiter **_16**

AUS DEN FELDEINSÄTZEN

Geschichten aus der OSZE-Mission in
Serbien: Eine geglückte Verbindung **_22**
Der Palić-Prozess:
Für eine bessere Zukunft **_23**
Inklusion der Roma **_24**
Walk and Talk **_25**

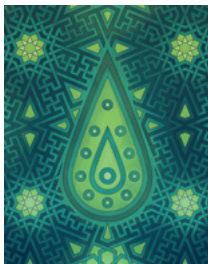
IM BRENNPUNKT

Kann man Frieden messen? **_26**

OFFENES FORUM

Für einen Plurilog in der Ukraine **_28**

AUSLESE **_30**



„Sicherheitsgemeinschaft“ wird vom
OSZESekretariat herausgegeben.
Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und
Russisch, online in den Sprachen Englisch,
Russisch, Deutsch und Französisch unter
www.osce.org/magazine

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben
die Meinung der Verfasser und nicht
notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der
OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem
Dokument gelten in gleicher Weise für männliche
wie weibliche Amtsträger.

Verantwortlich für die Redaktion: Ursula Froese

Redaktionelle Mitarbeit: Miroslava Beham,
Cathie Burton, Ursula Froese,
Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov,
Marcel Pesko, Desiree Schweitzer.

Gestaltung und Illustrationen: Carlos Villarreal
Kwasek

Druck: Ueberreuter

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt
sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von
Menschen ein, die sich der Förderung von
Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZERaum
verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu
einzelnen Aspekten der politisch-militärischen,
ökonomischen und ökologischen sowie der
menschlichen Sicherheit sind willkommen
(redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im
Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Beiträge
wird kein Honorar bezahlt. Richten Sie Ihre
Beiträge bitte an oscemagazine@osce.org

Fotos

Seite 4: OSZE
Seite 6 und 7 oben: OSZE/Beatrice Devenes
Seite 7 unten: US State Department/David Salvo
Seite 8: OSZE/Beatrice Devenes
Seite 16 bis 25: OSZE/Milan Obradović
Seite 30: OSZE/Vera Djemelinskaia
Seite 31: OSZE/Peter Svedberg

Illustration Seite 13: Carlos Villarreal Kwasek

Titelbild

Keyholes © Antoine van Dijk

Das Bild stammt vom Plakat,
mit dem das OSZE-Café in
Odessa vom 9. Dezember
2014 angekündigt wurde. Im
Rahmen eines
außerbudgetären Projekts ist
für 2015 in der gesamten
Ukraine eine Reihe von
OSZE-Cafés geplant, bei
denen sich interessierte
Bürger in ungezwungenem,
geselligem Rahmen über die
Arbeit der OSZE informieren
können. Wenn Sie mehr
darüber wissen möchten,
schreiben Sie an
oscecafe@osce.org



KEIN JAHR WIE JEDES ANDERE DER MINISTERRAT IN BASEL

„Wir alle wissen, dass dieses Jahr für die OSZE kein Jahr wie jedes andere war“, sagte Generalsekretär Lamberto Zannier in seiner Rede auf dem 21. Treffen des OSZE-Ministerrats, das am 4. und 5. Dezember 2014 in der Schweiz in Basel stattfand. Erregte Debatten über die Krise in und um die Ukraine und die Zukunft der europäischen Sicherheit beherrschten die Tagung, zu der so viele Teilnehmer wie nie zuvor – 53 Minister und rund 1 300 Delegierte – gekommen waren.

Trotzdem waren die 57 Teilnehmerstaaten in der Lage, wichtige Beschlüsse über ihre künftige Arbeit in ganz unterschiedlichen Bereichen zu fassen. „Selbst wenn der diesjährige Ministerrat alles andere als eine Routineübung war, sollten wir trotzdem gute Arbeit wie immer leisten“. Diese Worte gab der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und Bundespräsident der Schweiz, den Delegierten mit auf den Weg.

Endgültige Beschlüsse und Erklärungen

Folgende Dokumente wurden auf dem Ministerratstreffen der OSZE 2014 verabschiedet:

- Erklärung über weitere Schritte im Helsinki+40-Prozess
- Ministererklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage im „5+2“-Format
- Erklärung zur Jugend
- Erklärung zur Überführung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach Anhang 1B Artikel IV des Allgemeinen Rahmenabkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina in die Eigenverantwortung der Parteien
- Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung des Phänomens von ausländischen terroristischen Kämpfern im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolutionen 2170 (2014) und 2178 (2014) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Erklärung über die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung von Entführungen und Geiselnahmen durch terroristische Gruppen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolution 2133 (2014) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen
- Beschluss über die Verhütung von Korruption
- Beschluss über die Verbesserung der Katastrophenvorsorge
- Beschluss über die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- Beschluss über einen Zusatz zum OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Gedenkerklärung des Ministerrats zum siebenzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs
- Erklärung über verstärkte Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus
- Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum
- Ministererklärung über die Zusammenarbeit mit den Partnern in Asien
- Beschluss über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition
- Gedenkerklärung zum zwanzigjährigen Bestehen des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit
- Beschluss über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE Ministerrats
- Beschluss über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2016 [Deutschland]
- Beschluss über den OSZE-Vorsitz im Jahr 2017 [Österreich]
- Beschluss über die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte [Michael Georg Link ab 1. Juli 2014]
- Beschluss über die Wiederbestellung des Generalsekretärs der OSZE

Alle Beschlüsse im Wortlaut unter www.osce.org/mc



HIGHLIGHTS

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Die gute Nachricht zuerst: Die Teilnehmerstaaten einigten sich darauf, einen äußerst wichtigen Teil des OSZE-Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, nämlich die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, zu aktualisieren. (Allerdings konnte man sich in Basel nicht auf den Wortlaut eines dringend notwendigen umfassenden Zusatzes zu dem zehn Jahre alten Dokument einigen. Man beschränkte sich stattdessen auf die Aussage, dass dieser notwendig sei.)

Mit diesem Beschluss übernimmt die OSZE die neue internationale Norm für die Definition von Gewalt gegen Frauen und Strategien zu ihrer Bekämpfung und Verhütung. Insbesondere wird vom Istanbul Übereinkommen Kenntnis genommen, was insofern bahnbrechend ist, als damit alle Formen von Gewalt gegen Frauen – gleichgültig ob sexuell, physisch, psychisch oder wirtschaftlich – anerkannt werden, ebenso wie deren grenzüberschreitende Folgen, was für eine Sicherheitsorganisation wie die OSZE von Bedeutung ist.

Im Beschluss wird eine Verbesserung der Datenerhebung gefordert. Fortschritte werden schon allein dadurch sehr erschwert, dass die Zahl der angezeigten Fälle von Gewalt gegen Frauen so gering ist; das gilt sogar für die EU, wie eine jüngst von der Grundrechteagentur bei über 40 000 Frauen durchgeführte Umfrage ergab. Die OSZE hat die Absicht, 2015 und 2016 eine ebensolche Erhebung in Südosteuropa, der Türkei, in Osteuropa und im Südkaukasus durchzuführen.

„Solange wir uns nicht mit den hinter dem Problem liegenden Verhaltensweisen und Einstellungen einer Gesellschaft auseinandersetzen und etwas dagegen unternehmen,

behandeln wir eigentlich nur die Symptome der Gewalt gegen Frauen“, erläutert Ana Lukatela von der Gender-Abteilung im OSZE-Sekretariat. Mit diesem neuen Beschluss haben sich die Teilnehmerstaaten dazu entschlossen, Täter wie Opfer zu betreuen und Männer in die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen einzubinden.

Erneutes Bekenntnis zur Korruptionsbekämpfung

Die Teilnehmerstaaten haben ihre Entschlossenheit, die Korruption zu bekämpfen, bekräftigt und erneut zugesagt, die Arbeit des OSZE-Sekretariats und der Feldoperationen gemeinsam mit Partnerorganisationen zu unterstützen.

Kurz vor dem Ministerratstreffen in Basel stand der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Yurdakul Yigitgüden, am 19. November der Helsinki-Kommission der Vereinigten Staaten in Washington D.C. Rede und Antwort. Er zählte die Ergebnisse auf, die die OSZE im Jahr 2014 verzeichnete, wie etwa in Tadschikistan, wo sie mit der Leitung der neu geschaffenen Arbeitsgruppe für Korruptionsbekämpfung betraut wurde, oder in der Ukraine, wo sie gemeinsam mit der nationalen Finanzkontrollbehörde die Entwicklung und Einführung eines nationalen Systems zur Bewertung des Geldwäscherisikos betreut.

„Aus meiner Sicht gibt es zwei Vorgehensweisen zur Korruptionsbekämpfung“, sagte er. „Die erste besteht in einer engen Zusammenarbeit mit den Ländern bei der Ausbildung von Staatsanwälten, der Mitarbeiter der zentralen Meldestelle für Geldwäscher Verdachtsanzeigen und des Innenministeriums usw. Die andere ist es, Rechtsvorschriften so einfach zu formulieren, dass sie jeder Bürger versteht.“ Die Ausführungen des Koordinators vor der Helsinki-Kommission sind über

die Webseite der Helsinki-Kommission abrufbar: www.csce.gov

Am 16. und 17. Dezember setzte die OSZE ihre Korruptionsbekämpfungsarbeit mit einem regionalen Seminar für Korruptionsbekämpfungsbeamte aus dem Südkaukasus und Osteuropa fort, das in Batumi (Georgien) stattfand. Näheres dazu unter www.osce.org/secretariat/132056

Zum Thema Entführung zur Erpressung von Lösegeld und ausländische terroristische Kämpfer

Der Ministerrat verabschiedete zwei Erklärungen zur Umsetzung von jüngst verabschiedeten Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, bei denen es um die Verweigerung von Lösegeldzahlungen an Terroristen (UNSCR 2133) beziehungsweise um die Reaktion auf die Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer geht (UNSCR 2178) geht. Diese Erklärungen fördern die Unterstützung der OSZE für die Bekämpfung von Terrorismus unter Federführung der UN. Diese Fragen sind höchst aktuelle Herausforderungen, die nur in Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten untereinander und mit der Zivilgesellschaft sowie der Privatwirtschaft gelöst werden können.

Auftrag erfüllt

Im Zuge eines Festaktes, an dem die Außenminister von Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien und Serbien teilnahmen, besiegelten die vier Vertragsstaaten des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle nach dem Dayton-Vertrag am 4. Dezember mit ihrer Unterschrift die Übernahme der alleinigen Verantwortung für die militärische Stabilität in der Region.

„Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien und Serbien haben bewiesen, dass sei ein stabiles militärisches Gleichgewicht auf

niedrigstem Rüstungsniveau herstellen können und damit die Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Konflikts reduzieren. Unser Auftrag ist damit erfüllt“, sagte Generalmajor Michele Torres, der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Anhang 1B Artikel IV des Friedensvertrags von Dayton.

Der Artikel und das Interview mit Generalmajor Torres sind nachzulesen unter: www.osce.org/cio/126754

PRÄSENTATIONEN UND AUSZEICHNUNGEN

Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung am 5. Dezember überreichte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Didier Burkhalter, dem Generalsekretär Lamberto Zannier eine Veröffentlichung zum 20. Jahrestag des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Die Publikation würdigt dieses einzigartige und bemerkenswerte Schlüsseldokument der OSZE für die demokratische

Kontrolle der Streitkräfte und des Sicherheitssektors und beschreibt seine Entstehung, seine Entwicklung, seine Errungenschaften und seine Ausstrahlung.

Die Publikation ist unter www.osce.org/node/128961 zu finden.

Jugendaktionsplan

Im Zuge der feierlichen Eröffnung des Ministerrats präsentierten die 57 Jugendbotschafter der vom Schweizer Vorsitz ins Leben gerufenen Modell-OSZE ihren Jugendaktionsplan, den sie im Laufe des Jahres 2014 in drei nachgestellten Verhandlungsrunden ausgehandelt hatten.

Der Jugendaktionsplan kann unter model-osce.ch/model-osce/youth-action-plan abgerufen werden.

Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft

Am 2. und 3. Dezember fand unmittelbar vor dem Ministerrat in Basel ein Treffen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus der gesamten OSZE-Region statt – eine Gepflogenheit, die auf das OSZE-Gipfeltreffen in Astana im Jahr 2010 zurückgeht. In einer eigenen „Basler Erklärung“ gegen Intoleranz, Diskriminierung und Verhetzung

überreichten die Teilnehmer dem Amtierenden Vorsitzenden Didier Burkhalter und einem Vertreter des serbischen Vorsitzes ihre Empfehlungen für die Arbeit der OSZE in der menschlichen Dimension. *Die Empfehlungen sind unter www.civicsolidarity.org nachzulesen.*

Optionen für die Feldoperationen der OSZE

Im Rahmen einer Nebenveranstaltung der Parallelkonferenz der Zivilgesellschaft stellte das OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions seine jüngste Studie *The Future of OSCE Field Operations (Options)* vor. Die Autoren beschreiben mögliche neue Formate für die Arbeit im Feld in den westlich von Wien gelegenen Teilnehmerstaaten, wie etwa statusneutrale Feldmissionen, kleine subregionale Koordinierungsbüros oder Feldebüros zu bestimmten Themen.

Die Studie ist unter www.osce.org/networks/129791 zu finden.

Für unermüdliche Dienste

Botschafter Andrzej Kasprzyk wurde im Rahmen des Ministerrats am 5. Dezember geehrt. Für seinen unermüdlichen Einsatz für eine friedliche



Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts wurde er vom russischen Minister für auswärtige Angelegenheiten, Sergei Lawrow, und vom *Secretary of State* der Vereinigten Staaten, John Kerry, ausgezeichnet.

Botschafter Kasprzyk ist der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst. Laut seinem Mandat soll er dem Amtierenden Vorsitzenden und den Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe dabei behilflich sein, die Beendigung des bewaffneten Konflikts herbeizuführen, die Voraussetzungen für die Entsendung einer friedenserhaltenden Operation der OSZE zu schaffen und eine dauerhafte politische Beilegung des Konflikts zu erleichtern. Sein Büro sorgt für eine ständige Präsenz vor Ort, beobachtet die Waffenruhe entlang der Frontlinie im Zuge regelmäßiger Besuche und liefert regelmäßig Berichte und Informationen. Der Persönliche Beauftragte wird auch zu den Verhandlungsrunden eingeladen. Die Kontakte auf höchster Ebene und seine eingehende Kenntnis der Verhältnisse in der Region, die er im Laufe der letzten 18 Jahre erworben hat, sind von unschätzbarem Wert für die Führung von Verhandlungen, die in der Realität vor Ort verankert sind.

Zu seinen Auszeichnungen sagte Botschafter Kasprzyk: „Ich werde mich auch in Zukunft mit ganzer Kraft dafür engagieren, zu einer friedlichen Lösung dieses Konflikts beizutragen, ebenso wie mein Büro. Diese Auszeichnungen erinnern mich nicht nur daran, dass unsere kollektiven Bemühungen notwendig sind, sondern auch, dass sie geschätzt werden. Ich nehme sie mit Dankbarkeit und in Demut entgegen, als Anerkennung für mich und für all jene, deren Arbeit damit gewürdigt wird.“

PROZESS

Die Teilnehmerstaaten verabschiedeten eine Erklärung, in der sie die Fortführung des Helsinki+40-Prozesses zusagten, der anlässlich des vierzigsten Jahrestags der Schlussakte von Helsinki, den wir 2015 begehen, den zukünftigen Kurs der OSZE abstecken soll. Die aktuelle Krise hat die Frage nach der Zukunft der OSZE auf der Tagesordnung nach oben gerückt, was noch nicht absehbar war, als der Helsinki+40-Prozess 2012 angestoßen wurde.

„Die Krise in der und um die Ukraine hat auch in den Institutionen eine Krise ausgelöst: Was kann die OSZE tun, um die Lage zu beobachten, zu entschärfen und dabei zu vermitteln?“ Diese Frage stellte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Ilkka Kanerva, aus Finnland, als er den Außenministern die Empfehlungen ans Herz legte, die die Versammlung im Zuge ihres laufenden Helsinki+40-Projekts erarbeitet hatte.“

„Es gibt auch weiterhin Bereiche gemeinsamen Interesses, die – soweit irgend möglich – ausgelotet werden sollten“, meinte der serbische Außenminister Ivica Dačić als er zusagte, dass der serbische OSZE-Vorsitz die Helsinki+40-Plattform auch 2015 für diesen Zweck nutzen werde.

Der vom Schweizer Vorsitz in enger Abstimmung mit Serbien und Deutschland geschaffene Weisenrat fand breite Unterstützung im Ministerrat. „Dieses unabhängige Gremium soll Vorschläge ausarbeiten, wie das Vertrauen wiederaufgebaut, die Achtung der Prinzipien von Helsinki wiederhergestellt, die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen verbessert und ganz allgemein die europäische Sicherheit als gemeinsames Vorhaben wieder gefestigt werden kann“, sagte der Amtierende Vorsitzende Didier Burkhalter in seiner Eröffnungserklärung.



Botschafter Andrzej Kasprzyk nimmt seine Auszeichnungen entgegen – eine Anerkennungsurkunde und eine Medaille in Würdigung seines wertvollen Beitrags zur internationalen Zusammenarbeit –, die von Botschafter James Warlick, dem Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE vonseiten der Vereinigten Staaten (oben), bzw. von Botschafter Igor Popow, dem Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE vonseiten der Russischen Föderation (unten), überreicht wurden (Basel, 5. Dezember 2014).



Begegnung mit dem Amtierenden Vorsitzenden

Interview mit Ivica Dačić, dem Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister von Serbien und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Jahr 2015

Serbien hat den OSZE-Vorsitz im zweiten Jahr einer zweijährigen Tandem-Vereinbarung mit der Schweiz übernommen. Wie wird 2015 die Partnerschaft mit dem Schweizer Vorsitz des Jahres 2014 weitergehen?

Wir sehen unsere Zusammenarbeit mit der Schweiz sehr positiv und werden weiterhin eng kooperieren, sowohl auf politischer Ebene als auch auf Ebene unserer beiden OSZE-Delegationen in Wien und unserer Arbeitsstäbe in Belgrad und Bern. Der konsekutive Vorsitz der Schweiz und Serbiens und der Gemeinsame Arbeitsplan sind eine Neuerung in der OSZE. Wir sehen darin ein positives Beispiel, das zur Effektivität der Organisation beiträgt und in ihrer Tätigkeit für Berechenbarkeit und Kontinuität sorgt.

Die Krise in der Ukraine war 2014 das beherrschende Thema auf der OSZE-Agenda und wird dies auch 2015 sein. Was werden Sie unternehmen, um einer Lösung der Krise näherzukommen?

Als wir uns vor drei Jahren um den OSZE-Vorsitz bewarben, konnten wir nicht vorhersehen, dass der OSZE-Raum 2014 mit einer der größten Krisen seit dem Ende des Kalten Krieges konfrontiert sein würde. Die Lage in der Ostukraine ist nach wie vor sehr kompliziert, und sie hat negative Auswirkungen auf die gesamteuropäische und die weltweite Sicherheit.

Als vorsitzführendes Land werden wir uns weiter für eine Stärkung aller Durchführungsorgane der OSZE in der Ukraine einsetzen, insbesondere der Sonderbeobachtermission unter der Leitung von Botschafter Ertuğrul Apakan. Wir werden auch die Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe weiter unterstützen, der Russland, die Ukraine und

die OSZE angehören, Letztere vertreten durch Botschafterin Heidi Tagliavini, deren Arbeit wir sehr schätzen. Die Kontaktgruppe hat einen unschätzbaren Beitrag zur Deeskalation der Lage in der Ukraine geleistet. Entscheidend ist, dass die Vereinbarungen von Minsk umgesetzt werden.

Wir sind besorgt über die schwierige humanitäre Situation in der Ukraine und wollen während unseres Vorsitzes auf die humanitären Herausforderungen eingehen, die die Krise verursacht hat.

Wir wollen uns auf unvoreingenommene und ausgewogene Weise aktiv in die Bemühungen um eine Deeskalation der Krise in der Ukraine einbringen. Großen Wert legen wir auch auf eine Verstärkung des politischen Dialogs, zu dem es keine Alternative gibt. Wir haben auch vor, die Kommunikation mit der Regierung in Kiew sowie mit der Russischen Föderation und anderen Teilnehmerstaaten der OSZE zu intensivieren und so zur Beruhigung der Lage beizutragen. Ich glaube, dass die Stabilität in der Ukraine nur dann wiederhergestellt werden kann, wenn wir uns gemeinsam darum bemühen.

Mit Ihrem Vorsitz steht an der Spitze der Organisation ein Land aus der südosteuropäischen Region, die in der Vergangenheit viel erlitten hat. Werden Sie sich während Ihres Vorsitzes für die Wahrung und Verbesserung der Stabilität und die Aussöhnung in der Region einsetzen?

Die Verbesserung der Stabilität und die Förderung der Aussöhnung, insbesondere auf dem Westbalkan, sind wesentliche Aspekte unseres Vorsitzes. Wir haben bei diesem Thema schon 2014 eng mit der Schweiz kooperiert, unter Beteiligung des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Westbalkan, Botschafter Gérard Stoudmann, der diese Funktion auch nächstes Jahr ausüben wird.

Die Unterzeichnung der Erklärung über Vermisste durch die Präsidenten von Serbien, Montenegro und Kroatien und den Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina am 29. August 2014 in Mostar, in der sich diese gemeinsam verpflichteten, nach Personen zu suchen, die seit dem bewaffneten Konflikt als vermisst gelten, ist ein konkretes Ergebnis der Bemühungen des Schweizer Vorsitzes. Wir möchten uns auch 2015 diesem und ähnlichen Themen widmen, um zwischen

den Staaten unserer Region das Vertrauen weiter zu festigen und die Zusammenarbeit zu fördern.

Das OSZE-Mandat für die Aushandlung und Umsetzung des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle lief 2014 aus und die Verantwortung wurde auf dem Ministerratstreffen in Basel den Parteien – Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kroatien und Serbien – übertragen. Welche Bedeutung hat dieser Schritt? Wie wird es mit der Rüstungskontrolle weitergehen und wird die OSZE dabei eine Rolle spielen?

Mit der Unterzeichnung von Abänderungen zum Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle betreffend die Schließung des Büros des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Artikel IV endete eine der Phasen der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und der OSZE, in deren Verlauf der Persönliche Beauftragte die Parteien bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen unterstützte – zuerst während des Verhandlungsprozesses und danach bei der Umsetzung. Die jeweiligen Persönlichen Beauftragten – es waren insgesamt sechs, davon fünf aus Italien – boten den Parteien wirklich wertvolle und nützliche Unterstützung, und ich möchte bei dieser Gelegenheit ihnen allen nochmals danken.

Die Vereinbarung von Basel ist eine Bestätigung dafür, dass die Parteien des Übereinkommens über subregionale Rüstungskontrolle ein Niveau an Kooperation, Vertrauen, Transparenz und Expertise erreicht haben, das es ihnen ermöglicht, das Übereinkommen in Zukunft eigenständig und ebenso erfolgreich und angemessen umzusetzen, wie es unter Mithilfe der OSZE der Fall war.

Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien und der OSZE wird weitergehen. Die Parteien werden die Teilnehmerstaaten durch regelmäßige Berichte über ihre Aktivitäten zur Umsetzung des Übereinkommens auf dem Laufenden halten. Darüber hinaus sind sie bereit, Staaten in anderen Regionen, auch außerhalb des OSZE-Raums, die von ihren Erfahrungen profitieren möchten, in Zusammenarbeit mit der OSZE Beratung und Schulungen anzubieten. →

Wird der Dialog zwischen Belgrad und Priština, der Sie gerade beschäftigt, Auswirkungen auf Ihren Vorsitz haben?

Der Dialog zwischen Belgrad und Priština ist ein Prozess, der auf höchster Ebene unter EU-Vermittlung stattfindet. Er steht in keinem Zusammenhang mit dem serbischen OSZE-Vorsitz, der als eigener Prozess auf einer anderen Schiene läuft. Nach dem Stillstand im Anschluss an die Wahlen in der Provinz erhofft sich Serbien eine Wiederaufnahme des Dialogs und die vollständige Umsetzung der Brüsseler Vereinbarung von 2013; davon wird auch der weitere Verlauf der Integration Serbiens in die europäische Staatenfamilie abhängen.

Wir sehen unseren OSZE-Vorsitz im Jahr 2015 als Beweis dafür, dass die Teilnehmerstaaten es unserem Land zutrauen, die Organisation unter schwierigen und unvorhersehbaren Verhältnissen zu führen. Unsere Erfolge und Leistungen werden zweifellos das internationale Ansehen Serbiens heben und ganz sicher auch positive Auswirkungen auf den weiteren europäischen Integrationsprozess des Landes haben.

Wie werden Sie mit den Langzeitkonflikten im OSZE-Raum umgehen? Welche Rolle werden die Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE spielen?

Entsprechend dem Gemeinsamen Arbeitsplan der Schweiz und Serbiens haben die Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE erstmals ein zweijähriges Mandat, was unserer Ansicht nach ihrer Tätigkeit eine neue Qualität verleiht. Botschafter Radojko Bogojević, der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Prozess zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts im 5+2-Format, Botschafter Angelo Gnädinger, der Sonderbeauftragte der OSZE für den Südkaukasus und Kovorsitzende der Genfer Gespräche, und Botschafter Kasprzyk, der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, werden ihre Funktion während unseres Vorsitzes behalten. Serbien ist mit ihrer Arbeit zufrieden und wird sie bei ihrer weiteren Tätigkeit uneingeschränkt unterstützen.

In meiner Eigenschaft als Amtierender Vorsitzender der OSZE werde ich alle Regionen besuchen, die von sogenannten

Langzeitkonflikten betroffen sind, um alle beteiligten Parteien zu Konstruktivität aufzurufen und die Sonderbeauftragten und die OSZE-Präsenz in diesen Regionen zu unterstützen.

In Ihrer Rede vor den OSZE-Delegationen in Wien sagten Sie im vergangenen Sommer, dass Sie alle Feldoperationen der OSZE in Ihrer Region besuchen möchten, auch jene im Kosovo. Worin liegen Ihrer Ansicht nach die Bedeutung und das Potenzial der Feldmissionen und welche horizontalen Kooperationsmöglichkeiten gibt es?

Die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Westbalkan ist, wie ich schon gesagt habe, eine der Prioritäten unseres Vorsitzes. Daher werde ich die von Ihnen angesprochenen Besuche bei den OSZE-Missionen in dieser Region schon am Beginn meiner Zeit als Amtierender Vorsitzender der OSZE absolvieren.

Die OSZE-Missionen leisten mit ihrer Arbeit einen wesentlichen Beitrag zu Reformprozessen, zur Demokratisierung, zur Achtung der Menschenrechte und zu Fortschritten in anderen Bereichen, in denen sich die OSZE engagiert. Am Beispiel der erfolgreichen Partnerschaft zwischen Serbien und der OSZE-Mission in Belgrad sieht man sehr gut, welche Ergebnisse erzielt werden können. Serbien unterstützt auch die Arbeit der OSZE-Mission im Kosovo, die mit ihrem statusneutralen Herangehen eine Verbesserung der Lage vor Ort anstrebt. Angesichts unserer positiven Erfahrungen unterstützen wir diese Aktivitäten und die horizontale Zusammenarbeit zwischen den OSZE-Missionen, die natürlich im Rahmen der Mandate agieren müssen, die ihnen die Organisation vorgibt. **Auf welche Themenbereiche in den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE möchten Sie 2015 den Schwerpunkt legen?**

In der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit werden wir uns besonders der Internetsicherheit, der Terrorismusbekämpfung sowie dem Management und der Reform des Sicherheitssektors widmen.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension werden wir uns vorrangig mit Fragen der Wasserbewirtschaftung, mit der Naturkatastrophenvorsorge und der Korruptionsbekämpfung befassen.

In der menschlichen Dimension wird unser Schwerpunkt auf staatlichen Institutionen zum Schutz der Menschenrechte, EDemokratie, dem Schutz nationaler Minderheiten, der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der Bekämpfung der Hasskriminalität liegen.

Was die sogenannten „dimensionsübergreifenden“ Themen betrifft, werden wir vor allem auf Jugendarbeit setzen. Wir möchten im Laufe des Jahres 2015 einen Aktionsplan zum Thema Jugend und Sicherheit vorlegen, um der Jugend in der OSZE mehr Gehör zu verschaffen. Auch die Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft steht für uns im Vordergrund.

Serbien führte als designiertes Vorsitzland 2014 den Vorsitz in der Mittelmeer-Kontaktgruppe. Welche Themen sind Ihrer Ansicht nach für die Beziehungen zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum von besonderer Bedeutung?

Der Kampf gegen den Terrorismus war einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte der jährlichen Mittelmeerkonferenz, die am 27. und 28. Oktober in Neum (Bosnien und Herzegowina) stattfand. Ausgehend von den Ergebnissen der Konferenz verfasste der serbische Vorsitz eine Arbeitsunterlage über die weitere Behandlung dieser Frage in der OSZE. Darin wird, ebenso wie in der vom OSZE-Ministerrat in Basel verabschiedeten Erklärung über die Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum, der Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen verurteilt und auf die Notwendigkeit verwiesen, einen kontinuierlichen Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE und den Mittelmeerpartnern in Gang zu halten.

Planen Sie während Ihres Vorsitzes Sonderkonferenzen oder -veranstaltungen?

Der konsequente Vorsitz der Schweiz und Serbiens macht es möglich, dass wir einiges fortsetzen werden, was 2014 begonnen wurde. So werden wir etwa im Anschluss an die Antiterrorismuskonferenz in Interlaken von 2014 auch 2015 Veranstaltungen zu diesem Thema abhalten.

Ich möchte auch hervorheben, dass das Gedenken zum 70. Jahrestag der Befreiung von

Auschwitz und zum Ende des Zweiten Weltkriegs für uns von besonderer Bedeutung sein wird.

Wir planen in jeder der drei Sicherheitsdimensionen der OSZE Sonderveranstaltungen, die wir wegen ihrer Bedeutung und ihres Zusatznutzens gewählt haben. In der politisch-militärischen Dimension wird es eine Konferenz über die Reform des Sicherheitssektors und ein Seminar über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit geben.

Thema des jährlichen Treffens von Polizeiexperten wird die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels sein, wobei dem Zusammenhang zwischen organisierter Kriminalität und illegaler Zuwanderung besonderes Augenmerk gelten wird.

Nachdem der Ministerrat in Basel eine Erklärung über die Rolle der OSZE im Kampf gegen ausländische terroristische Gruppen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Resolution 2133 (2014) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen verabschiedet hat, beabsichtigen wir die Abhaltung eines Expertentreffens, das sich mit diesem Phänomen befasst. Wir planen auch eine Konferenz zur Drogenbekämpfung, um der Verbreitung von Drogen unter Jugendlichen entgegenzuwirken. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der Internetsicherheit als unverzichtbarer Aspekt der Sicherheit in der Welt von heute planen wir auch die Abhaltung einer Veranstaltung zu dieser Frage.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension wurde „Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit“ als Thema des 23. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE festgelegt. Für Serbien, das vor nicht allzu langer Zeit von schweren Überschwemmungen heimgesucht wurde, hat dieses Thema große Bedeutung.

Wir werden einige Sondertagungen in der menschlichen Dimension abhalten, die der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, dem Beitrag der OSZE zum Schutz nationaler Minderheiten, der EDemokratie und der Rolle des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten gewidmet sein werden. Wir planen auch Seminare über nationale Institutionen zum Schutz der Menschenrechte. Außerdem wird in Belgrad im Dezember am Rande des

Ministerrattreffens auch eine NGOKonferenz stattfinden.

In unserer Funktion als vorsitzführendes Land werden wir versuchen, die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat zu vertiefen, beispielsweise durch Umsetzung gemeinsamer Projekte mit Belgien und Bosnien und Herzegowina, die 2015 im Europarat den Vorsitz führen werden.

Während Ihres Vorsitzes wird die Organisation ihr 40Jahr-Jubiläum begehen, und Serbien hat die schwierige Aufgabe, den Helsinki+40-Prozess zum Abschluss zu bringen, der den künftigen Kurs der Organisation abstecken soll. Was wird Ihrer Meinung nach die OSZE in Zukunft für die europäische Sicherheit tun können?

Die Schlussakte von Helsinki von 1975 ist nach der Charta der Vereinten Nationen die wichtigste Grundlage der gegenwärtigen Weltordnung. Wir werden den Jahrestag würdig begehen. Wir sollten dieses Ereignis – trotz der derzeit schwierigen Verhältnisse – auch zum Anlass nehmen, um uns ernsthafte Gedanken über die künftige Rolle der OSZE zu machen.

Die Teilnehmerstaaten haben in Basel die Beschlüsse bekräftigt, mit denen 2012 in Dublin und 2013 in Kiew vom Ministerrat die Fortführung des Helsinki+40-Prozess vereinbart wurde, und damit gezeigt, dass der Prozess nach wie vor eine wichtige Plattform ist für Überlegungen darüber, in welche Richtung künftige Reformen in unserer Organisation gehen sollen, natürlich ohne ihre Grundprinzipien anzutasten.

Auf dem Ministerrattreffen in Basel unterstützten wir gemeinsam mit Deutschland den Beschluss des Schweizer Vorsitzes, einen Weisenrat zu schaffen. Dieses Gremium soll sich vor dem Hintergrund des derzeit herrschenden tiefen Misstrauens zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten Gedanken über die Zukunft der europäischen Sicherheit machen. Natürlich erfordert die politische Komplexität der gegenwärtigen Situation zuallererst, dass sich die Regierungen stärker einbringen und in ihren Bemühungen nicht nachlassen. Dennoch könnte der Weisenrat einen wertvollen

Beitrag zur Überarbeitung der europäischen Sicherheitsarchitektur leisten und die Grundlage für die Wiederherstellung des Vertrauens schaffen.

Als Inhaber des OSZE-Vorsitzes überlegen wir – sollte Konsens unter den Teilnehmerstaaten bestehen –, im Juli 2015 eine hochrangige Veranstaltung anlässlich des 40Jahr-Jubiläums der Schlussakte von Helsinki abzuhalten und vielleicht auch Fragen der europäischen Sicherheit in breiterem Zusammenhang zu erörtern. ■



INTERVIEW MIT S.K.H. PRINZ EL HASSAN BIN TALAL von JORDANIEN

Wasser als Friedensbringer

Wassermangel infolge von Klimawandel und Konflikten kann Tod und Elend über Millionen von Menschen bringen; regionale Zusammenarbeit in Wasserfragen wiederum kann sich als Friedensbringer erweisen. Das war die Botschaft Seiner Königlichen Hoheit Prinz El Hassan bin Talal aus dem Haschemitischen Königreich Jordanien anlässlich des OSZE-Sicherheitstags zum Thema Wasserdiplomatie am 8. Juli 2014 in Wien.

Sie setzen sich schon seit vielen Jahren für die Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft ein. Warum ist das Thema Wasser so wichtig?

Wasser bedeutet Leben, in vielerlei Hinsicht. Und wenn Wasser Leben spendet, kann die Zerstörung der Wasserversorgungssysteme, von denen die Bevölkerung abhängt, deren Untergang bedeuten.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass jeder Mensch mindestens 1000 Kubikmeter Wasser pro Jahr benötigt. Jordanien und das Westjordanland haben 100 Kubikmeter pro Person und Jahr zur Verfügung, Israel 300 und Schweden 20 000.

Studien sagen voraus, dass der Anstieg des Mittelmeers infolge des Klimawandels 45 Millionen Menschen aus dem Nildelta vertreiben wird. Weitere 45 Millionen werden den Iran aufgrund der Dürre verlassen.

Wassermangel ist die größte und effizienteste

Massenvernichtungswaffe.

Angesichts dieser Zahlen scheint es fast unmöglich, den Menschen Sicherheit zu bieten, vor allem, wenn wir uns den gegenwärtigen Zustand des Multilateralismus ansehen, der die Form paralleler Linien angenommen hat, die einander nie begegnen.

Wie sollen wir es anstellen, dass allen Menschen genügend Wasser zur Verfügung steht?

Beim Thema Wassersicherheit geht es nicht nur darum, ob Wasser verfügbar ist oder nicht. Beim Wasser geht es auch um Menschenwürde,

das beginnt man erst allmählich zu begreifen.

Es ist sehr wichtig, dass man bei so lebenswichtigen Fragen wie der Wasserversorgung Bürgernähe praktiziert. Wir müssen die Menschen in die Lösung der Probleme einbeziehen, die sie unmittelbar betreffen. Aber wie kann das geschehen, wenn sie nicht in der Lage sind, das Problem zu verstehen? Wir sprechen hier nicht von Demokratie an der Wahlurne, sondern von echter Bürgerbeteiligung.

Es muss eine allen zugängliche Wissensbasis geben. Deshalb möchte ich, dass für unsere Nahost-Region ein prozessorientiertes hydrologisches Modell entwickelt wird, das den Oberflächenabfluss, die Abflussprozesse im Boden sowie die Wasserverdampfung und Verdunstung berücksichtigt. Dieses Wassermodell muss der Öffentlichkeit verständlich gemacht werden. Nur so können wir auch nachhaltige Lösungen finden.

Wasser im gemeinschaftlichen Besitz, wie es etwa bei den Donauanrainern oder den drei Staaten, die sich den Bodensee teilen – das Wasser des Sees gehört 300 Gemeinden in Deutschland, Österreich und der Schweiz –, der Fall ist: das sind, glaube ich, nachahmenswerte Beispiele.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Wasser und Migration?

In den letzten Jahren wurden Millionen von Menschen gewaltsam oder infolge des Klimawandels innerhalb ihres Landes oder aus ihrem Land vertrieben. Bevor es in Syrien zum Aufstand kam, herrschte dort ein Wassermangel, der viele Menschen zwang, ihren Grund und Boden zu verlassen, und zu Unmut in weiten Kreisen der Bevölkerung führte. Heute fliehen Zehntausende vor dem bewaffneten Konflikt ins Ausland, wo sie nun wieder von

akutem Wassermangel bedroht sind.

Das Lager Zaatari für syrische Flüchtlinge in Jordanien benötigt täglich 4000 Kubikmeter Wasser. Tag für Tag bringen über 270 Tankfahrzeuge Wasser in die Flüchtlingslager. Es wäre verfehlt, hier nur von einem syrischen Problem zu sprechen. Jüngste Studien zeigen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt erst nach 17 bis 20 Jahren in ihre Heimat zurückkehren. Ist es angesichts dieser Zeitspanne noch angebracht, von Syriern, Ägyptern oder Irakis zu sprechen? Wie wäre es, wenn wir sie Bürger Arabiens nennen? Oder ihnen zumindest irgendeine Form von Anerkennung und Regionalbürgerschaft zugestehen? Ich glaube nicht, dass irgendein handtuchgroßes Land in der Region in der Lage sein wird, das Problem der Zwangsmigration auf sich allein gestellt zu lösen.

Welche Zukunftsperspektiven gibt es für einen regionalen Ansatz im Nahen Osten?

Im Gegensatz zu Europa gibt es im Nahen Osten kein umfassendes Programm für eine intraregionale Zusammenarbeit. Das Fehlen einer Vision, die aus der Region selbst kommt, ist augenscheinlich. Deshalb ist es für mich eine große Auszeichnung, den Vorsitz im Hochrangigen Forum des *Blue Peace Middle East Plan* zu führen.

Gemeinsam mit der *Strategic Foresight Group*, die ihren Sitz in Mumbai hat, haben wir in den letzten dreieinhalb Jahren mit Unterstützung der Schweizer und der schwedischen Regierung den „*BluePeace*“-Ansatz entwickelt. Es geht dabei um einen Zusammenschluss von politischen Führungspersönlichkeiten, Parlamentariern, Regierungsbeamten, führenden Medienvertretern und Experten aus Regionen, in denen politischer

Unfriede herrscht – wir stehen über elektronische Medien mit 10 000 interessierten Personen in Kontakt. Der regionale Schwerpunkt ergibt sich aus einer Vision, die viele von uns schon seit Langem hegen: die institutionelle Selbstbestimmung potenzieller Konfliktpartner.

In unmittelbarer Zukunft werden wir gefährdete Bevölkerungsschichten in westasiatischen Ländern identifizieren, die aufgrund von gewaltsamen Auseinandersetzungen, Migration, Klimawandel und anderen Faktoren vom Zugang zu Wasser abgeschnitten sind, und bestimmte Örtlichkeiten und Gemeinschaften lokalisieren, in denen Wassermangel herrscht, um danach Inklusionsstrategien für die Wasserversorgung in den Ländern der Region vorzuschlagen.

Brauchen wir einen neuen Ansatz in der Diplomatie, um mit dem Thema Wasser besser umzugehen?

Meiner bescheidenen Meinung nach brauchen wir im Multilateralismus ein Umdenken der Art, dass regionale Probleme von den jeweiligen

Regionen angesprochen werden müssen. Südostasien, Südasiens, Westasien, Zentralasien: jede dieser Regionen ist gefordert, ihre Prioritäten in die internationale Debatte einzubringen. Bei der Suche nach Lösungen für die Wasserknappheit sollten weitestgehend die authentischen Stimmen der unmittelbar betroffenen Länder und Menschen gehört werden.

Wenn die internationale Debatte beim Thema Wasser einen Weg einschlägt, den ich als generischen Ansatz bezeichnen würde, dann ist das nicht jene Art von Partnerschaft, die für eine Zusammenarbeit in diesem Bereich sinnvoll ist. Was wir brauchen, ist ein organischer und stufenweiser, Schritt für Schritt erfolgender Prozess – Strategie statt Politik.

Die OSZE hat meiner Meinung nach als regionale Organisation die einzigartige Chance, sich als Plattform für Fragen des Eigentums an der Ressource Wasser zu profilieren.

Ich glaube, es ist eine Frage der Verantwortung, die Wasser zu einem so wichtigen Thema macht – in Bezug auf Sicherheit, Demokratie,

Bürgerrechte und vor allem in regionaler Hinsicht.

Kann Zusammenarbeit beim Thema Wasser Frieden stiften?

Wir denken noch in alten Kategorien, bei denen es mehr um Wirtschaftswachstum und politische Macht geht als um die Würde und das Wohl des Menschen. So wie wir uns immer wieder neue Wege einfallen lassen, um in schmutzige Kriege zu stolpern, so scheinen wir den Pfad des Friedens vergessen zu haben. Das „BluePeace“-Konzept sieht vor, Wasser von einer Quelle von Konflikten zu einem Instrument der Zusammenarbeit und einem Friedensstifter zu machen. Weil Wasser so wichtig ist, kann das Gespräch darüber auch zu einem Friedensinstrument werden. ■

S.K.H. Prinz El Hassan bin Talal von Jordanien war 2013 und 2014 Vorsitzender des Beirats des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung und führt derzeit den Vorsitz im Hocharrangigen Forum des Blue Peace Middle East Plan.



WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

Water Cooperation for a Secure World: Focus on the Middle East (Strategic Foresight Group, 2013)

The Blue Peace: Rethinking Middle East Water (Strategic Foresight Group, 2011)

NACH WIE VOR EIN STANDARDWERK:

Winning the Human Race? The Report of the Independent Commission on International Humanitarian Issues (Zed Books, 1988). Mit S.K.H. Prinz El Hassan als Koautor geht dieser Bericht an die Vereinten Nationen auf globale Fragen wie Bevölkerung, Armut und Umwelt ein und gibt Empfehlungen für eine humanitäre Weltordnung, die auch heute noch gültig sind.

SICHERHEITSTAGE

Informationen über den Sicherheitstag zum Thema Wasserdiplomatie am 8. Juli 2014 finden Sie auf www.osce.org/event/securitydays2014.

Die OSZE-Sicherheitstage werden regelmäßig von Generalsekretär Lamberto Zannier veranstaltet. Sie sollen unter Teilnehmerstaaten und Experten die Debatte über OSZE-relevante Sicherheitsfragen beleben. Beachten Sie auch unsere nächste Diskussion zum Thema „Aktuelle Herausforderungen an die euro-atlantische Sicherheit: Strategien für Zusammenarbeit und gemeinsame Lösungen“, die am 17. März 2015 in Washington D.C. in Zusammenarbeit mit dem *Wilson Centre* abgehalten wird.

WASSER ALS THEMA DES WIRTSCHAFTS- UND UMWELTFORUMS DER OSZE 2015

Serbien hat „Wasser-Governance im OSZE-Raum – mehr Sicherheit und Stabilität durch Zusammenarbeit“ zum Thema des Wirtschafts- und Umweltforums 2015 gemacht. Das Thema des Forums wird alljährlich vom vorsitzführenden Land ausgewählt.

BITTE VORMERKEN:

26. und 27. Januar 2015, Wien: erstes Vorbereitungstreffen des 23. Wirtschafts- und Umweltforums, das zweite Vorbereitungstreffen wird im Mai in Serbien und das abschließende Treffen im September in Prag stattfinden.



Von Belgrad aus gesehen: Die OSZE-Mission und ihre Leiter

IN EINEM MODERNEN BÜROGEBÄUDE IN NEU-BELGRAD am linken

SaveUfer ist ein Pool von OSZE-Experten – rund 30 internationale Mitarbeiter aus so unterschiedlichen Ländern wie Frankreich und Schweden und mehr als 100 Ortskräfte – am Werk, der mit großer Einsatzfreude die Umsetzung der serbischen Agenda für Reformen in den Bereichen Polizei, Justiz und Medien und für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Minderheiten wie Roma vorantreibt. Die OSZE-Mission in Serbien kann als Modell für die Art von konstruktiver Partnerschaft dienen, die eine Langzeit-Feldpräsenz zu ihrem Gastland aufbauen kann. Wie hat sie sich seit 2001 entwickelt, als sie eingerichtet wurde, um einer ebenso jungen und enthusiastischen wie unerfahrenen Regierung zur Seite zu stehen, die das Land nach dem verheerenden Krieg im Kosovo wieder auf die Beine bringen sollte?

Seither lagen die Geschicke der Mission in Serbien in den Händen von fünf Missionsleitern, an die wir dieselbe Frage richteten:

Was waren die wichtigsten Aufgaben der Mission in Serbien unter Ihrer Leitung, und wie sind sie daran herangegangen?

Stefano Sannino

Leiter der OSZE-Mission in Serbien von 2001 bis 2003

Zurück auf dem Radarschirm

Als ich im Januar 2001 als Leiter der OSZE-Mission nach Belgrad kam, brachte man uns – ein kleines Team, gerade einmal zehn Personen – in einem Zimmer des Hotels Continental unter, das unser erstes Hauptquartier in dieser pulsierenden und zukunftsorientierten Hauptstadt werden sollte. Die Regierung Djindjić verfolgte eine demokratische Vision für Serbien und brannte darauf, die dringend nötigen Reformen in Angriff zu nehmen.

Es ging also darum, die OSZE wieder zurück auf den Radarschirm zu bringen und die Feindseligkeit der Bevölkerung, die bei „OSZE“ an die Bombardierung des Kosovo dachte, zu überwinden. Dabei wurden wir von Männern und Frauen in der Regierung und in der öffentlichen Verwaltung unterstützt, die in meiner Zeit als Stellvertretender Missionsleiter an der italienischen Botschaft in Belgrad von 1993 bis 1996 Gegner des damaligen Regimes gewesen waren.

Das ebnete den Weg zu einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit. Die OSZE hatte in vielerlei Hinsicht die Funktion eines Back Office der Regierung, die sie in Bereichen wie Wirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte beriet, in denen demokratische Reformen am dringendsten nötig waren. Die beiden wichtigsten Vorhaben, die mir sofort einfallen, waren 2002 das neue Rundfunkgesetz und die Polizeireform, die auf der Grundlage unserer Bedarfserhebung aus dem Jahr 2001 in die Wege geleitet wurde.

Wie groß das Vertrauen der Regierung in mich und mein Team war, zeigte sich, als ich die Federführung bei den Verhandlungen mit den albanischen Aufständischen in Südserbien übernahm. [2000 und 2001 standen ethnisch-albanische Rebellen der Befreiungsarmee von Preševo, Bujanovac und Medvedja in einem bewaffneten Konflikt mit den serbischen Sicherheitskräften.] Es dauerte gute eineinhalb Jahre, in denen wir einmal wöchentlich zusammenkamen, um aus der Krise ein Paket nationaler Reformen zu schnüren. Als ich in den ersten spannungsgeladenen Gesprächen versuchte, die Funktion der OSZE als Mediator zu erläutern, lagen Gewehre auf dem Tisch. Später, als dann die Milizen in die nationale Polizei übernommen worden waren und



*„Als ich
in den ersten
spannungsgeladenen
Gesprächen versuchte, die
Funktion der OSZE als
Mediator zu erläutern,
lagen Gewehre auf
dem Tisch.“*

beide Seiten sich auf ein System für die örtliche Vertretung bei den nationalen Wahlen geeinigt hatten, befanden sich anstelle der Gewehre Kaffeetassen auf dem Tisch.

Als Leiter der OSZEMission verbrachte ich zwei Jahre in Serbien. Gegen Ende legte sich die Spannung der ersten Tage und machte einem Alltag Platz, der von äußerst sensiblen politischen und sozialen Fragen ausgefüllt war. Der Schlüssel zu unseren gemeinsamen Errungenschaften war der ständige Dialog. Ich verließ die Mission in der tröstlichen Gewissheit, dass sich die mühevoll aufgebaute Beziehung zwischen der OSZE und dem Gastland auf einem stabilen Kurs der Zusammenarbeit und gegenseitigen Achtung befand.

Stefano Sannino ist derzeit Ständiger Vertreter Italiens bei der Europäischen Union.

Maurizio Massari

Leiter der OSZE-Mission in Serbien von 2003 bis 2006

Der Polarisierung entgegenwirken

Im Januar 2003 kam ich nach Belgrad. Nur zwei Monate später wurde der damalige Ministerpräsident von Serbien, Zoran Djindjić, brutal ermordet. Er fiel einer Verschwörung zum Opfer, hinter der serbische Ultranationalisten standen. Djindjić wollte die vollständige Rückkehr eines demokratischen Serbien in die internationale Gemeinschaft und insbesondere in die euro-atlantische Gemeinschaft vorantreiben. Es war ihm klar, dass das nur möglich sein würde, wenn Serbien sich offen allen ungelösten Fragen im Zusammenhang mit seiner jüngsten Vergangenheit stellte; das betraf vor allem die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, den Status des Kosovo, die Übergangsgerechtigkeit, die Aussöhnung innerhalb der serbischen Gesellschaft und die Beziehungen Serbiens zu seinen Nachbarn.

Auf die Ermordung Djindjićs folgte eine Phase, in der der Ausnahmezustand verhängt wurde und sich die Polarisierung zwischen den verschiedenen politischen Lagern zuspitzte. Diese Polarisierung und die institutionelle Pattsituation verschärften ihrerseits die Spannungen in ethnisch gespaltenen Regionen wie Südserbien und wirkten sich sogar in Montenegro aus, wo die Rivalität zwischen der für Unabhängigkeit stehenden Regierung und der für eine Union mit Serbien Eintretenden Opposition immer heftiger wurde.

Die Aufgabe der OSZE-Mission war eine zweifache. Sie sollte erstens einen niemanden ausschließenden politischen Dialog zwischen den unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft in Serbien und Montenegro erleichtern, Spannungen abbauen und der Polarisierung entgegenwirken. Zweitens hatte sie sich mit ihren Programmen der Konsolidierung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit auf verschiedenen Gebieten verschrieben: in Polizei und Justiz, in den Parlamenten Serbiens und Montenegros, in den Medien und beim Schutz der Menschenrechte sowie bei Minderheitenrechten (einschließlich Roma).

Darüber hinaus engagierten wir uns auch im Bereich der institutionellen Unterstützung des Kampfes gegen Korruption und Menschenhandel. Unser Ziel war es, die serbischen und montenegrinischen Institutionen und Rechtsvorschriften an internationale und europäische Standards heranzuführen. Die OSZE-Mission verfügte mehr als jede andere Institution über die technischen und personellen Fähigkeiten, um vor Ort routinemäßig mit den Behörden und der

Bevölkerung Kontakt zu halten und sie als gleichberechtigte Partner in die Umsetzung ihrer Programme einzubeziehen, ohne sie zu bevormunden. Dieser Geist echter Zusammenarbeit bewirkte, dass die OSZE akzeptiert und geschätzt wurde und die meisten unserer Programme und Aktivitäten erfolgreich verwirklicht wurden.

Besondere Erwähnung verdient die Arbeit der OSZE in Südserbien, wo sich die Spannungen zwischen den serbischen Zentralbehörden und den albanisch besiedelten Gebieten Preševo und Bujanovac regelmäßig Luft machten. Mit ihrer Missionszentrale in Belgrad und der Außenstelle in Bujanovac wurde die OSZE zum wichtigsten internationalen Orientierungspunkt und Sicherheitsanker für alle Bevölkerungsgruppen. Wir handelten ein wichtiges Abkommen zwischen Serben und Albanern über die Errichtung eines Koordinierungsgremiums als Plattform für eine Beschlussfassung unter Einbindung aller Gruppen aus und setzten spannungsmindernde Programme für wirtschaftliche und soziale Inklusion und in sensiblen Bereichen wie der bürgernahen Polizeiarbeit um.

Maurizio Massari ist derzeit Botschafter Italiens in Ägypten.





Hans Ola Urstad

Leiter der OSZE-Mission in Serbien von 2006 bis 2009

Ein ausgezeichnetes Arbeitsklima

Ich war rund vier Jahre, von Anfang 2006 bis Ende 2009, Leiter der Mission in Serbien. Davor war ich fast fünf Jahre norwegischer Botschafter in Serbien und Montenegro. In dieser Zeit erlebte Serbien ungeheure Veränderungen. Das politische System, die Justiz und die Wirtschaft mussten auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Genau genommen mussten alle Sektoren der Gesellschaft völlig umgekrempelt werden.

Die neuen und noch relativ jungen Demokraten, die nun an der Regierung waren, waren idealistisch, tüchtig und setzten sich mit ganzer Kraft für einen Wandel ein, hatten jedoch wenig Erfahrung mit der Bewältigung derart riesiger Aufgaben. Die Mission mit ihren mehr als 50 internationalen Experten und 150 Ortskräften war dieser neuen jungen Führungsriege in Serbien wohl eine große Hilfe.

Vor allen anderen Dingen hatte ich ein offenes Ohr für ihre Vorstellungen und Anregungen. Ein wichtiger

Teil unserer Strategie bestand darin, mit ihnen möglichst eng zusammenzuarbeiten und unsere umfangreiche Expertise gut zu nutzen, um bestmöglich zu beraten. Unter den wichtigsten Bereichen, in denen wir das taten, sind das neu aufzubauende Rechtssystem, die vollständige Richtungsänderung und Neubesetzung im Polizeidienst, die Einrichtung von Verfahren für Integrität und Good Governance und ein neues Medienrecht zu nennen.

Zum Zweiten entwickelten wir nach meinem ersten Jahr eine Missionsstrategie mit klar umrissenen allgemeinen Zielen für die Mission, sowohl kurzfristig (für ein Jahr) als auch langfristig. Diese Ziele sollten realistisch und machbar sein und immer im Rahmen der Politik der serbischen Regierung bleiben.

„In dieser Zeit erlebte Serbien ungeheure Veränderungen. Das politische System, die Justiz und die Wirtschaft mussten auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Genau genommen mussten alle Sektoren der Gesellschaft völlig umgekrempelt werden.“

Und da die OSZEMission eine wissensbasierte Organisation ist, bestand zum Dritten ein wichtiger Teil meiner Strategie darin, die besten Köpfe sowohl international als auch national zu rekrutieren. Was jedoch vielleicht noch wichtiger war: Für mich war immer vorrangig, ein ausgezeichnetes Arbeitsklima zu schaffen und zu erhalten. Und das nicht nur, damit die Mitarbeiter ihre Arbeit gerne tun, sondern weil ich fest davon überzeugt bin, dass in einem guten Arbeitsklima jeder – auch ich – deutlich bessere Resultate erbringt.

Ich hatte eine äußerst interessante und befriedigende Zeit in der OSZEMission in Serbien und denke heute noch oft an meine lieben Freunde in der Mission.

Hans Ola Urstad ist derzeit norwegischer Botschafter in Malaysia und Brunei.



Dimitrios Kypreos

Leiter der OSZEMission in Serbien von 2009 bis 2012

Heranführung an internationale Standards

Als ich in der Zeit von 2009 bis 2012 die Chance hatte, die OSZEMission in Serbien zu leiten, lautete unser Mandat, den serbischen Behörden Hilfestellung dabei zu leisten, das Land an die fortgeschrittensten Standards der internationalen Gesellschaft heranzuführen. Als grundlegende Strategie entschieden wir uns für eine partnerschaftliche und eng abgestimmte Zusammenarbeit mit der Regierung, den politischen Kräften, der Zivilgesellschaft und herausragenden Persönlichkeiten. Die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag des Bestehens der Mission im Mai 2011, an der zahlreiche serbische Politiker und viele Vertreter der Gesellschaft teilnahmen, waren ein Beweis für die breite Akzeptanz, deren sie sich erfreuen konnte.

Unsere Aktivität konzentrierte sich im Wesentlichen auf vier Bereiche: demokratische Institutionen und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gesetzesvollzug und Medien. Ich möchte kurz erläutern, wie die von uns angebotene Hilfestellung und Expertise aussahen:

Die Mission arbeitete eng und kontinuierlich mit dem serbischen Parlament zusammen. Die Änderung des Gesetzes über die Wahl der nationalen Abgeordneten war ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des serbischen Wahlsystems. Unser Beitrag zur ersten direkten Wahl der nationalen Minderheitenräte im Jahr 2010 erhielt breite Anerkennung. Die Unterstützung der noch jungen, unabhängigen Institutionen im Land, darunter auch der Ombudsmann, wurde ebenfalls weithin gewürdigt. Die Justizreform, eine Herkulesaufgabe, die bereits 2009 in Angriff genommen worden war, wurde von der Mission in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern

der internationalen Gemeinschaft, dem serbischen Justizministerium, prominenten Vertretern der Richterschaft und den Landesvertretungen von Richtern und Staatsanwälten unterstützt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium setzten wir uns systematisch dafür ein, dass die modernsten Methoden für den Aufbau eines modernen und demokratischen Polizeidienstes Verwendung fanden.

Im Medienbereich war unsere Hilfestellung entscheidend für die Akzeptanz der nationalen Medienstrategie, eines Rahmengesetzes, das dem Medienrecht des Landes nach langen Beratungen zwischen allen Betroffenen eine neue Grundlage gab.

Wir setzten uns für Stabilität im südlichen Teil des Landes ein. In Südserbien bemühten wir uns in erster Linie – und wie ich meine erfolgreich – um die Förderung von Chancengleichheit im Bildungswesen für alle Bürger Serbiens, ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit. In Südwestserbien machten wir uns für eine Ankurbelung des Wirtschaftswachstums stark, ein Vorhaben, bei dem wir andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft kontinuierlich einbezogen.

Gemeinsam mit der Mission im Kosovo waren wir Wegbereiter für einen Bürgerdialog zwischen Journalisten und Frauen in Belgrad und Priština.

Als die Europäische Union 2012 Serbien den Status eines Bewerberlandes erteilte, geschah das zu einem großen Teil auf Grund seiner Erfüllung der OSZEVpflichtungen.

Lassen Sie mich diesen kurzen Abriss mit zwei Anmerkungen beschließen. Bei allen diesen Aktivitäten stand die Mission in kollegialer Zusammenarbeit mit den Behörden und mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft. Nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen 2012 setzte sie die Zusammenarbeit im Geiste der Partnerschaft mit den neuen politischen Führungskräften des Gastlandes fort.

Dimitrios Kypreos ist griechischer Botschafter.

Peter Burkhard

Leiter der OSZEMission in Serbien seit 2013

Dauerhafte Rückkehr

Nach den Erfahrungen, die ich in den letzten beiden Jahren am Ruder der OSZEMission in Serbien gemacht habe, kann ich sagen, dass unser Unterstützungsauftrag heute noch genauso relevant ist wie vor dreizehn Jahren, als er erteilt wurde.

Ein Land zu reformieren, ist kein einseitiger Prozess. Selbst wenn das Gastland OSZE-Verpflichtungen zur Grundlage seiner Bemühungen macht, können seine in bester Absicht unternommenen Anstrengungen bei ihrer Verwirklichung unter den realen Bedingungen vor Ort und dem Einfluss der dort herrschenden Verhältnisse kollaterale und unvorhergesehene Folgen zeitigen. Reform ist ein Evolutionsprozess, der einer verlässlichen Partnerschaft zwischen dem Gastland und Experten mit langjähriger Erfahrung vor Ort bedarf, wofür unsere Zusammenarbeit mit den serbischen Institutionen und der Zivilgesellschaft als gutes Beispiel dienen kann. Wie man an unserem Beispiel sieht, machen sich Investitionen erst langfristig bezahlt.

Aus der schrittweisen Umsetzung der von Serbien verabschiedeten Gesetze lassen sich noch andere Lehren ziehen. Manche Gesetze wiesen Defizite auf, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes nicht absehbar waren. Als Beispiel sei die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes angeführt. Es gibt eine Bestimmung, der zufolge nationale Minderheiten das Recht haben, ausschließlich in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden; dieses Gesetz sollte ihre Sprachenrechte sicherstellen und Toleranz fördern. Es stellte sich heraus, dass es dazu führen kann, dass Identität über sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Teilhabe gestellt wird. In diesem Fall fördert die Mission einen Ansatz, der zu Integration und Stabilität



und nicht zu Segregation beiträgt.

Es ist nach wie vor ein weiteres wesentliches Element unserer Arbeit, dem Land beim Aufbau einer stabilen und effizienten Justiz zu helfen, die unabhängig und unparteilich ist. Experten der Mission unterstützten die Entwicklung einer serbischen Strategie für eine nationale Justizreform und eines Aktionsplans für Reformen über die nächsten fünf Jahre.

Am Beispiel Südserbiens wird deutlich, wie positiv sich die dauernde Präsenz der Mission ausgewirkt hat. In den letzten achtzehn Monaten erleichterte die Mission den Dialog zwischen der Regierung des Gastlandes und der Gemeinschaft der ethnischen Albaner über die Prioritäten für die Entwicklung der Region. Die Bevölkerung dort bewies große politische Reife, als sie unter Missachtung der Aufrufe zum Wahlboykott – sogar von einigen ihrer eigenen politischen Führer – zur Wahl ging, wodurch sie nun über eine stärkere Vertretung in der Nationalversammlung verfügt.

Die Expertise der Mission wird auch in Zukunft wichtig für die Hilfestellung sein, die Serbien für seine Reformen braucht. Nach wie vor wird die Tagesordnung von den Themen Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, Stärkung der demokratischen Institutionen, Polizeireform und Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption bestimmt. Wir müssen dem Land weiterhin beim Aufbau einer offenen und toleranten Gesellschaft, in der es keine Verhetzung mehr gibt, und bei der Einbindung seiner zahlreichen Minderheitengemeinschaften helfen.

Ich bin zuversichtlich, dass Serbien, wenn es demnächst den OSZE-Vorsitz 2015 übernimmt, diese Gelegenheit nutzen wird, um sein erneuertes außenpolitisches Engagement beizubehalten und die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Land voranzutreiben. ■



Die Mission in Serbien

EINE GEGLÜCKTE VERBINDUNG

Aleksandra Stepanović leitet in der serbischen Justizverwaltung das Referat Schutz der Menschenrechte von Personen in Freiheitsentzug. Sie erhielt von der OSZEMission in Serbien die Auszeichnung „Persönlichkeit des Jahres 2014“. „Wenn man bedenkt, dass Gefängnisse weltweit zu den konservativsten Orten gehören, dann weiß man ihre große Offenheit für innovative Ansätze erst richtig zu schätzen“, erläutert Nataša Novaković, nationale Rechtsreferentin der Mission.

DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN DER MISSION IN SERBIEN und Aleksandra Stepanović geht auf das Jahr 2005 zurück. Das für die Gefängnisreform zuständige Missionsteam arbeitete bereits einige Jahre daran, sein Programm aufzustellen und auf Schiene zu bringen; Stepanović war als frischgebackene Anwältin zur serbischen Justizverwaltung gestoßen und brannte darauf, die Lebensverhältnisse der Menschen hinter Gittern zu verbessern. Die gemeinsame Arbeit am Entwurf für ein neues Gesetz über den Vollzug strafrechtlicher Sanktionen führte sie zusammen. Es sollte der erste Schritt auf dem Weg zu einem riesigen gemeinsamen Rechtsreformvorhaben sein – mit Gesetzen zu Strafen auf Bewährung und Sondervollzugsanstalten für organisierte Kriminalität, insgesamt mehr als zwanzig Verordnungen, zwei nationalen Strategien und einem Aktionsplan –, durch das die Strafrechtspflege in Serbien auf eine völlig neue Basis gestellt wurde.

Alternative Strafen und die Betreuung entlassener Strafgefangener sind ein Bereich, in dem Serbien mittlerweile einen zukunftsorientierten Ansatz

verfolgt. Statt für Ersttäter und Bagatelldelikte kostenintensive Gefängnisstrafen zu verhängen, die häufig mehr Schaden als Besserung bewirken, können Richter inzwischen gemeinnützige Arbeit oder Hausarrest mit elektronischer Fußfessel verhängen.

The administration of penitentiaries Ein weiterer Bereich, in dem Serbien Fortschritte gemacht hat, ist die Verwaltung der Strafanstalten. Ein entscheidender Schritt war im vergangenen Jahr die Bestellung eines eigenen Richters für den Vollzug, eine Einrichtung, die auch in den westlichen Demokratien erst in den letzten Jahrzehnten Eingang gefunden hat, wobei Italien in den 1980er Jahren eine Vorreiterrolle spielte. Damit erhalten Häftlinge, deren Menschenrechtsbeschwerden kein Gehör finden, die Möglichkeit, sich direkt an ein Gericht zu wenden.

Dieser Rechtsbehelf bildet den Schlussstein des dreistufigen Systems für die Bearbeitung von Beschwerden von Strafgefangenen, dessen Einführung Stepanović 2008 gelang. Das war damals ein Durchbruch, dem der Antifolterausschuss des Europarats Lob zollte. Ein Gefangener, der

sich beschweren möchte, kann auf drei hierarchischen Ebenen einen Rechtsbehelf einlegen: er kann ein Schreiben an einen Angehörigen des Gefängnispersonals richten, eine förmliche Beschwerde an die Gefängnisverwaltung richten und schließlich, als dritten Schritt, eine Beschwerde beim Gefängnisdirektor oder beim Leiter der Justizverwaltung einbringen. Ist das Problem dann noch immer nicht gelöst, kann er Einspruch beim Vollzugsrichter einlegen.

Die Reform hat das Spinnennetz beseitigt, unter dem bis dahin die Aufsicht in Justizvollzugsanstalten lag, die dadurch der Willkür ausgesetzt und zu sehr vom Zufall oder der Persönlichkeit einzelner Gefängnisbeamter abhängig war. Natürlich ließe sich in serbischen Gefängnissen noch so manches verbessern – die meisten Beschwerden erfolgen wegen Überfüllung und der schlechten Qualität der Gesundheitsfürsorge, insbesondere in den Hochsicherheitsanstalten –, aber die Häftlinge können sich zumindest darauf verlassen, dass ihre Beschwerde nach einem transparenten Verfahren innerhalb genauer Fristen bearbeitet wird.

Sogar das beste System der internen Aufsicht bedarf einer zusätzlichen Kontrolle von außen. Stepanović hält an einer Politik der offenen Türe für Gefängnisse fest, die nicht nur für Regierungsbehörden, sondern auch für zivilgesellschaftliche Gruppen gilt, die Besichtigungen durchführen wollen. Häftlinge, die ihre Menschenrechte verletzt sehen, können sich an die Ombudsperson (in Serbien „Bürgerbeauftragter“ genannt) wenden, mit der die Mission in Serbien ebenfalls eng zusammenarbeitet. Die Ombudsperson, deren Büro auch den Nationalen Präventionsmechanismus nach der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen verwaltet, wird in der Regel präventiv tätig, führt Besichtigungen durch und empfiehlt Verbesserungen für Gefängnisse, aber auch Polizeikommissariate und psychiatrische Einrichtungen.

Die Mission in Serbien leistet auch auf einer dritten Ebene der Gefängnisaufsicht Hilfestellung, nämlich einem Parlamentsausschuss, der aus fünf Parlamentariern besteht, die von der Nationalversammlung für jede Regierungsperiode neu gewählt werden – der jetzige Ausschuss ist bereits der dritte. Die parlamentarische Aufsicht bringt den

Parlamentariern die Vorgänge in den Justizvollzugsanstalten zur Kenntnis, sodass diese informierte Beschlüsse fassen können. Die Mission berät den Ausschuss in fachlichen Fragen und begleitet ihn bei seiner ersten Gefängnisbesichtigung. So organisierte sie am 15. Dezember einen Besuch in einer Jugendvollzugsanstalt in Kruševac.

Mit dem neuen Gesetz über die Vollstreckung strafrechtlicher



Sanktionen, das vom Parlament in diesem Jahr erlassen wurde und ein Gesetz aus dem Jahr 2005 ersetzt, schloss sich der Kreis nach der zehnjährigen Zusammenarbeit zwischen der Mission und Stepanović bei der Reform der Rechtsvorschriften. Der Zeitpunkt war also ideal, um ihrer

Arbeit Anerkennung zu zollen.

Im Rahmen eines Festakts am 9. Dezember in Belgrad überreichte die Mission Stepanović die Auszeichnung als Persönlichkeit des Jahres, mit der ein serbischer Staatsbürger für seine Förderung der OSZEWerte geehrt wird. Sie erhielt die Auszeichnung zugleich mit einer ehemaligen Richterin am Obersten Gerichtshof, Vida Petrović Škero, auch sie eine herausragende serbische Persönlichkeit, deren Engagement für eine unabhängige Justiz gewürdigt wurde.

„Ich möchte den offiziellen Vertretern der OSZEMission und meinen Kollegen aus der Justizverwaltung meine aufrichtige Anerkennung dafür aussprechen, dass sie es möglich gemacht haben, gemeinsam den Status von Personen in Freiheitsentzug zu verbessern“, sagte Stepanović.

Dieser Artikel beruht auf Informationen der nationalen Rechtsreferentin bei der OSZEMission in Serbien, Nataša Novaković.

DER PALIĆ PROZESS FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT

Die große Mehrheit der in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien anhängigen Kriegsverbrecherprozesse hat eine transnationale Komponente. Tatorte, Opfer, Zeugen und Angeklagte sind nicht selten über zwei oder mehrere Länder der Region verstreut. Deshalb ist der Palić-Prozess so wichtig.

ORETWAS MEHR ALS ZEHN JAHREN, im November 2004, lud die OSZEMission in Serbien Staatsanwälte aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro in die Stadt Palić ein, um eine mögliche Verstärkung der Rechtshilfe bei der Ausforschung sowie der strafrechtlichen und gerichtlichen Verfolgung der Täter zu sondieren, die für Verbrechen während der verheerenden Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren verantwortlich sind. Man kam überein, dass eine Zusammenarbeit dringend geboten sei, und

rief den Palić-Prozess ins Leben.

In der Folge kamen Richter und Staatsanwälte aus den vier Ländern regelmäßig zur Besprechung von Fällen und zum Meinungsaustausch zusammen. Sie unterzeichneten bilaterale Protokolle, um einen Austausch von Beweisen und Gutachten zwischen den Judikativen zu ermöglichen. In jüngster Zeit schloss sich auch Bosnien und Herzegowina dem Austausch an, das in der ersten Phase der Protokolle nicht teilgenommen hatte, und unterzeichnete im Januar

2013 eine Vereinbarung mit den serbischen Behörden, auf die im Juni 2013 und im Januar 2014 die entsprechenden Vereinbarungen mit Kroatien bzw. Montenegro folgten.

Nach einjährigen gemeinsamen Ermittlungen kam es am 5. Dezember 2014 zur gleichzeitigen Verhaftung von zehn Personen in Bosnien und fünf Personen in Serbien, die im Zuge des Bosnienkriegs an einer Massenentführung und einem Massenmord in Štrpci beteiligt gewesen sein sollen. Ein derartiges Teamwork wäre ohne den Palić-Prozess undenkbar gewesen.

Die Verhaftungen fanden unmittelbar nach einer Konferenz statt, die am 2. Dezember in Palić von der OSZEMission in Serbien anlässlich des zehnten Jahrestages des von ihr initiierten Prozesses mitveranstaltet wurde. In Fortführung ihrer Rolle fungierte die Mission erneut als Impulsgeber und legte ein Konzeptpapier mit Anregungen

zur Verbesserung des Prozesses, der nun ins zweite Jahrzehnt geht, vor (siehe nachstehende Ergänzungen).

Einer der Vorschläge, nämlich die Einführung von Beamten, die für die Verbindung zwischen den Staatsanwaltschaften der Region zuständig sind, trug auf der Konferenz erste Früchte: das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gab die Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission in Sarajewo bekannt, deren Aufgabe die Analyse und Überprüfung von Kriegsverbrecherprozessen mit transnationalem Zusammenhang sein soll. Am 17. Dezember 2014 trafen sich Staatsanwälte aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien zum ersten Mal in Sarajewo, um zu erörtern, wie es mit der Initiative weitergehen soll.

WIE DER PALIĆ-PROZESS VERBESSERT WERDEN KANN

- Es wäre zu sondieren, ob die bisher ad hoc aufgestellten gemeinsamen Ermittlungsteams in Zukunft auf eine reguläre Basis gestellt werden könnten.
- Derzeit kann die Weitergabe von Beweismitteln zwischen Staatsanwälten – zumindest nach einigen der derzeitigen Protokolle – von den Opfern verhindert werden. Es wäre zu überlegen, wie man die Ermittlungen trotzdem – unter Berücksichtigung der Anliegen der Opfer – weiterführen könnte.
- Prozessreife Fälle könnten systematisch an das Land verwiesen werden, in dem sich der Beschuldigte aufhält, da alle Länder die Auslieferung ihrer Staatsangehörigen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, untersagen.
- Serbische Staatsanwälte, die mit Kriegsverbrechen befasst sind, könnten ihre Zusammenarbeit mit ihren Amtskollegen im Kosovo nach dem Beispiel der Zusammenarbeit zwischen der serbischen Polizei und der EULEX-Polizei auf eine offizielle Basis stellen.

Die Informationen zu diesem Artikel lieferte Alberto Pasquerro, Projektkoordinator bei der OSZEMission in Serbien..



Inklusion der Roma

„We Are Here Together – European Support for Roma Inclusion“ ist der Titel eines mit 4,8 Mio. € aus EU-Mitteln geförderten Projekts, das 2013 – 2015 von der OSZE-Mission in Serbien durchgeführt wird. 2014 erhielten 525 Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe im Rahmen dieses Projekts Stipendien, die jeweils eine monatliche Unterstützung von 35 € und die Teilnahme an einem Mentoring-Programm umfassen.

„Zunächst wurden von mehr als 1 000 Bewerbern 500 ausgewählt; dann kamen noch 25 aus den Hochwassergebieten dazu“, erklärt Projektsprecherin Maja Milenković. Zu den Menschen, die im Frühling letzten Jahres am stärksten von den verheerenden Überschwemmungen in weiten Teilen des Landes betroffen waren, zählen auch Roma-Gemeinden.

Die Schüler werden auch nächstes Jahr die Möglichkeit haben, sich um eines der erneut ausgeschriebenen 500 Stipendien zu bewerben.

Neben Unterstützung im Bildungswesen bietet das Projekt den Roma-Gemeinden Hilfestellung beim Zugang zur Grundversorgung, zu mobilen Beratungsdiensten im Gesundheits- und Arbeitsbereich, Ausbildungen für zivilgesellschaftliche Organisationen, technischen Plänen zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zu nachhaltiger Beschäftigung.

Das Projekt baut auf der mehr als zehnjährigen Erfahrung der Mission in ihren Bemühungen um die Integration

der nationalen Roma-Minderheit auf. So wurden von ihr bisher bereits 181 pädagogische Assistenten, 75 Gesundheitsmediatoren und 30 Gemeinde-Koordinatoren ausgebildet, um Serbien in seiner Politik zur Verbesserung des Status der Roma zu unterstützen.



WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

Zum Projekt:

Auf Serbisch: www.ljudskaprava.gov.rs

Auf Facebook: www.facebook.com/inkluzijaroma

Zur Arbeit der OSZE-Mission in Serbien für die Roma: „Integration der Roma in Serbien“ OSZE- Magazin Ausgabe Nr. 3/2012. Online auf www.osce.org/serbia/104277

Die Informationen zu diesem Artikel wurden von Maja Milenković und Ivana Milatović (OSZE-Mission in Serbien) zur Verfügung gestellt..



Walk and Talk

• Zweihundert Frauen – junge Berufstätige am Anfang ihrer Laufbahn und prominente Führungspersonlichkeiten – spazierten am 28. November 2014 beim fünften jährlichen *Mentoring Walk* im Rahmen des von der OSZE-Mission in Serbien, der Botschaft der Vereinigten Staaten und der Erste Bank organisierten Mentoring-Programms gemeinsam durch die Straßen von Belgrad.

• Die Förderung der uneingeschränkten Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben hat für die OSZE-Mission in Serbien Tradition. Im Rahmen des so genannten Budva-Prozesses treffen sich seit 2012 prominente Frauen aus Politik,

Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Medien aus Belgrad und Priština zu einem direkten Dialog. Das vierte Treffen fand am 15. und 16. Dezember 2014 in Belgrad statt. Der Budva-Prozess wird gemeinsam von der OSZE-Mission in Serbien und der OSZE-Mission im Kosovo organisiert.



WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

Erfahren Sie mehr über das Engagement der OSZE-Mission in Serbien für die Gleichstellung der Geschlechter und in vielen anderen Bereichen wie der Polizei- und Medienreform: www.osce.org/serbia

Kann man Frieden messen?

von Claus Neukirch

TATEN SAGEN BEKANNTLICH MEHR ALS WORTE. Manchmal ist es auch einfacher, etwas zu tun, als es zu dokumentieren. Für die OSZE ist es eine Herausforderung, ihre Arbeit im Dienste der Friedenskonsolidierung zu bewerten, denn: wie misst man Frieden?

Es ist unbestritten, dass die vielen Feldoperationen und das Konfliktverhütungszentrum der OSZE, das sie unterstützt, wirkungsvolle Instrumente der Friedenssicherung sind. Die Arbeit der Feldmissionen zielt in erster Linie auf eine Stärkung des Leistungsvermögens staatlicher Institutionen und den Aufbau einer resilienten, niemanden ausschließenden Zivilgesellschaft mit dem Schwerpunkt Pluralität ab. Das Konfliktverhütungszentrum sorgt für methodische Orientierung, etwa durch die Systematisierung der Frühwarnung oder den Einsatz der Konfliktanalyse in der Projektplanung. Die erzielten Fortschritte lassen sich jedoch häufig nur schwer messen.

Die Schwierigkeit beginnt schon mit der Definition des Ziels. Hat die OSZE denn eine präzise Vorstellung davon, was sie unter stabilem Frieden versteht? Es ließe sich gewiss eine Definition aus dem Korpus der Verpflichtungen und Grundsätze ableiten, den die OSZE-Teilnehmerstaaten in den letzten 40 Jahren beschlossen haben. Doch würde jeder Versuch, diese Vorstellung konkret zu formulieren, eine Kontroverse zwischen den Teilnehmerstaaten auslösen.

Alle 57 Teilnehmerstaaten sind übereinstimmend der Meinung, dass der Sicherheitsbegriff der OSZE umfassend ist, dass ein stabiler Frieden nur durch Sicherheit in den drei Dimensionen, der politisch-militärischen, der ökonomischen und ökologischen und der menschlichen, gewährleistet werden kann. Allerdings wird ständig über die relative Bedeutung der drei

Sicherheitsdimensionen debattiert, und die Bemühungen der OSZE in den einzelnen Bereichen ändern sich mit den Prioritäten der jährlich wechselnden Vorsitze.

Dasselbe gilt auch für die Richtwerte, anhand derer man beurteilt, ob das gesteckte Ziel erreicht wurde. Es gibt Mehrjahresziele und -ergebnisse, die wir mittels grundlegender Leistungsindikatoren messen. Diese sind jedoch bis heute nur ein organisationsinternes Management-Instrument. Den Erfolg der Friedenskonsolidierung messen zu wollen, kann – insbesondere in der OSZE – zum Streitpunkt werden. Ein bestimmter Indikator mag objektiv geeignet, jedoch politisch heikel sein. Indikatoren für organisationsinterne Zwecke zu verwenden ist eines, ein anderes ist es, sie öffentlich zu machen. Da könnte es passieren, dass zum Beispiel Indikatoren für Feldoperationen als ein Ranking der betreffenden Gastländer wahrgenommen werden. Die Krux dabei ist, dass ein Drängen auf die Veröffentlichung organisationsinterner Indikatoren innerhalb der Organisation den Widerstand erhöht, überhaupt Daten zu bestimmten Indikatoren zu sammeln. So müssen die Haushaltsziele in den einschlägigen Dokumenten häufig vage und allgemein gehalten sein, damit ein Konsens zustande kommt.

Das führt in der Folge – ganz offen gesagt – dazu, dass das ergebnisorientierte System der Haushaltsberichterstattung, das die OSZE seit sieben Jahren verwendet, nicht mehr mit der Realität vor Ort in Einklang zu bringen ist. Aus meiner früheren Erfahrung vor Ort weiß ich, dass mancherorts der leistungsorientierte Haushaltsprozess der OSZE eigentlich eher als künstliche, realitätsferne Übung wahrgenommen wird. Leider ist genau diese Diskrepanz daran schuld, dass die Organisation die tatsächlichen Auswirkungen ihrer friedensbildenden Arbeit nicht besser messen kann.

Die Kluft überbrücken

Trotz der politischen Schwierigkeiten, die das Messen von Fortschritten mit sich bringt, hat die OSZE in den sieben Jahren der auf Leistungserwartungen beruhenden Haushaltsplanung einiges gelernt.

Erstens: um Fortschritt messen zu können, braucht es Kontinuität. Eine Feldoperation mit einem Monitoring-Mandat kann quantitative Indikatoren und eine qualitative Analyse ihres Gastlandes anhand von Governance, kritischen Entwicklungen und Risiken zur Verfügung stellen. Zweitens: es genügt nicht, ein Mandat zu haben. Es braucht operative Kapazitäten, was nichts anderes als finanzielle und personelle Ressourcen bedeutet. Ohne diese kann man die zur Messung der Ergebnisse erforderlichen Kontrollsysteme nicht installieren.

Ich möchte zur Illustration dessen zwei Beispiele anführen. An einem Ende des Spektrums befinden sich die Projektkoordinatoren, denen ein kleiner Haushalt und nur einige wenige internationale Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Feldoperationen dieses Typs können nichts anderes als bruchstückhafte Ergebnisse liefern. In diesen Fällen ist es unser Hauptziel, am Ball zu bleiben und zu versuchen, die Breitenwirkung unserer Arbeit zu erhöhen.

Am anderen Ende haben wir Feldoperationen wie die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina. Ihr Haushalt beträgt 11,45 Millionen Euro (2015), sie verfügt über fast 400 Mitarbeiter, die Reformen begleitend kontrollieren und vorantreiben. Die Mission in Bosnien und Herzegowina hat vier Jahre früher als die Gesamtorganisation einen ergebnisorientierten Rahmen eingeführt. Sie hat einen Prozess der Bottom-up-Kontrolle eingeführt, der die Fortschritte in 60 Kommunen und Gebietskörperschaften begleitend kontrolliert, und für die Bewertung der Ergebnisse im ganzen Land einen Berichterstattungsmechanismus nach dem Ampel-Prinzip in die Wege geleitet. Die Mission war auch die erste Feldoperation, die die Konfliktanalyse für ihre strategische Programmplanung systematisch einsetzte. Letzten Endes bleiben allerdings große Zweifel, inwieweit komplexe politische und soziale Prozesse, die in unterschiedlichem Ausmaß von internationalen Entwicklungen, geopolitischen Faktoren und Persönlichkeiten abhängen, mess- und zuordenbar sind.

Unsere Erfahrungen im Konfliktverhütungszentrum haben gezeigt, dass bei ansonsten gleichen Bedingungen die Persönlichkeit des Leiters einer Feldoperation einen deutlichen Einfluss auf die Ergebnisse hat. Andererseits lässt uns unter Umständen die geopolitische Dynamik nur einen ganz geringen Spielraum, egal, welche Strategien wir ausprobieren. Eine weitere Herausforderung liegt darin, die für eine Friedenskonsolidierung beziehungsweise Konfliktlösung notwendigen dauerhaften Veränderungen sehr komplexer Faktoren zu bewirken, für die langfristige innenpolitische Reformprozesse erforderlich sind.

Ob und wie entscheidend wir Einfluss nehmen können, hängt häufig von Faktoren ab, die nicht in unserer Hand liegen. Wir müssen wohl verstehen, dass unseren Bemühungen Grenzen gesetzt sind, und bescheiden danach trachten, im Rahmen des zur Verfügung stehenden Spielraums möglichst viel zu erreichen.

Die OSZE hat keine Patentlösung für die Messung der Friedenskonsolidierung, und ihre ergebnisorientierte Haushaltsplanung muss notgedrungen pragmatisch und flexibel sein. Es ist wichtig, mit den Erwartungen der Geldgeber hinsichtlich der Bewertbarkeit der Friedensarbeit und der Messbarkeit des Einflusses richtig umzugehen. So sollte man erst den Druck, sichtbare Ergebnisse liefern zu müssen, abbauen, ehe überstürzt eine finanzielle Unterstützung eingestellt oder heruntergefahren wird.

Um Friedenskonsolidierung wirklich bewerten zu können, ist allerdings ein nachhaltiges Engagement erforderlich. Ein wechselhaftes Engagement, bei dem es beispielsweise Änderungen in Bezug auf das Mandat, die Größenordnung der multilateralen Hilfe und das diplomatische Engagement gibt, bleibt ohne Ergebnisse. Änderungen zu bewirken, kann Jahre dauern, mitunter auch Jahrzehnte. ■

Claus Neukirch ist stellvertretender Direktor für Unterstützung von Einsätzen im OSZE-Konfliktverhütungszentrum in Wien..

Für einen **Plurilog** in der Ukraine



Eine geschickte Mediation setzt einen „Plurilog“ in Gang, wie das Ursula Caser nannte, die neben anderen Experten am dreitägigen Brainstorming zwischen ukrainischen Mediatoren, internationalen Fachleuten und OSZE-Vertretern im Rahmen einer Konferenz teilnahm, die vom 10. bis 12. Dezember 2014 in Odessa stattfand und gemeinsam vom Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine und der Mediationsgruppe Odessa organisiert wurde. Machen Sie sich anhand folgender Aussagen selbst ein Bild.

„Die Veranstaltung sollte in erster Linie einen Dialog im Lande selbst aufbauen. Meiner Ansicht nach muss jede Reform von Ausbildungsmaßnahmen für die Zivilgesellschaft begleitet werden. Derzeit gibt es keinen Dialog, der sowohl die Regierung als auch andere Vertreter der Gesellschaft einbindet. Sie müssen sich untereinander darauf einigen, wie sie Reformen durchführen und das Land verändern wollen. Wir meinen, dass es hilfreich wäre, wenn man Menschen dafür ausbildet, damit sie in verschiedenen Teilen des Landes auf diesem Gebiet professionell arbeiten können. Wenn man sich die Teilnehmerliste der heutigen Konferenz ansieht, wird man die Namen von Personen finden, die in Nordirland, in Bosnien, im Nahen Osten und auf dem Balkan tätig waren und auf diesem komplexen Gebiet über Erfahrung und Expertise verfügen.“

– Vaidotas Verba
Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine

„Odessa ist ein guter Ort dafür, da es immer schon eine Stadt großer Vielfalt, aber auch Schauplatz der tragischen Ereignisse vom 2. Mai war. Jetzt gibt es wieder eine Gruppe von „anderen“, die sich hier nicht wohlfühlen – die es aber gibt und die präsent sind. Deshalb ist Odessa gut geeignet, um einen solchen Dialog in Gang zu setzen.“

– Inna Tereschenko
Leiterin der regionalen Mediationsgruppe Odessa

„Wir müssen mit unserer Arbeit zweigleisig fahren. Das eine Gleis soll zu Frieden und Stabilität und zu einer Normalisierung führen. Und das zweite Gleis sind unsere Bemühungen zur Schaffung

einer resilienten Gesellschaft, ausgehend von den Grundlagen und Institutionen, über die das Land verfügt, um die Zivilgesellschaft zu stärken und um dafür zu sorgen, dass die politische Agenda sich stärker der Anliegen der Bürger annimmt.“

– Artuğrul Apakan
Leitender Beobachter, Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine

„Die Ukraine verfügt über reiche natürliche Ressourcen, von denen wir uns viel erwartet haben, doch waren wir nicht in der Lage, unsere Lektion zu lernen, und haben viele Fehler gemacht. Jetzt müssen wir diese korrigieren und die richtigen Entscheidungen treffen. Dazu braucht es einen Prozess, der mit dem Unterricht an den Schulen beginnt und an den Universitäten fortgesetzt wird und auf den Ergebnissen der Reformation und Transformation unseres Landes aufbaut. Genauer gesagt: die Schaffung einer Kommunikationskultur zwischen Wirtschaft, Regierung und Gemeinschaften.“

– Diana Prozenko
Mediatorin und Juristin, Staatliche Universität „Kiew-Mohyla-Akademie“

„Derzeit haben wir zwar viele unterschiedliche Gruppen in der Ukraine, die einen Dialog führen, aber kaum die Möglichkeit zu einem Informationsaustausch. Die OSZE kann lokalen ukrainischen Initiativen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch untereinander aber auch mit internationalen Experten bieten. Wir haben die Absicht, eine Strategie und unter Umständen einen Aktionsplan zu entwickeln, wie wir uns

zusammentun können, um den Dialogprozess in der Ukraine effektiver und effizienter zu gestalten.“

– Wlada Kanewska
Exekutivdirektorin, Staatlicher ukrainischer
Mediatorenverband, Kiew

„Die Wirtschaft, die Politik und die Zivilgesellschaft bilden ein Dreieck der Missverständnisse. Wenn sie sich nicht einigen können, sind alle Reformideen zum Scheitern verurteilt. Ich hab den Eindruck, dass hier die Rolle der Moderatoren den Ausschlag gibt, da sie jeder dieser Gruppen bei der Erreichung ihrer Ziele helfen und sie auch zusammenbringen können, um sich über wichtige Fragen zu verständigen, die alle Bürger der Ukraine angehen.“

– Swetlana Tschebakowa
Mediatorin, Ukrainisches Mediationszentrum, Kiew

„Es ist so wichtig, dass ein Dialog funktioniert. Personen, die an einem gescheiterten Dialog beteiligt waren, bekommt man nur schwer dazu, sich wieder an einen Tisch mit anderen zu setzen. Eine Möglichkeit wäre, ein sehr gutes Team aufzubauen, dem alle, die an einem Tisch sitzen, vertrauen. Um einen guten Prozess anbahnen zu können, braucht man viele verschiedene Fähigkeiten. Man muss also darauf achten, die richtigen Leute ins Team zu holen, schon allein aus dem Grund, damit man nicht alleine für alles zuständig ist.“

– Kirsi Joenpolvi
Referentin für Mediationsunterstützung, OSZE-
Sekretariat

„Seit dem 2. Juni arbeiten wir mit Binnenvertriebenen, Erwachsenen wie Kindern. Dabei bemühen wir uns, ihnen nicht nur Essen und ein Dach über dem Kopf zu geben, sondern ihnen auch zu zeigen, wie man durch Reden den Konflikt bewältigen kann, in dem sich unser Land derzeit befindet. Denn wir sitzen alle in demselben Boot: Welche Sprache wir auch sprechen, die Ukraine ist unsere Heimat und wir wollen weiter in der Ukraine leben. Wir wollen Frieden; und wir wollen, dass der Krieg aufhört, damit in unserem Land endlich Wohlstand entstehen kann.“

– Natalja Bilyk
Vorsitzende der NGO Schutz der Familie, Donezk

„Wir haben zuletzt gehört, was Natalja aus Donezk berichtete. Ich wusste ja nicht einmal, wo Dobropolje liegt, aber jetzt habe ich eine Vorstellung davon, welche Probleme es dort gibt, wer die Menschen sind, denen wir helfen können. Natalja und ich haben beschlossen, zusammenzuarbeiten. Die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage stehen vor der Türe und die Kinder hoffen auf ein Fest, aber momentan fehlt es ihnen am Nötigsten. Wir werden also versuchen, etwas für sie zu tun, was von uns beiden von Herzen kommt.“

– Antonina Posanowa
Psychologin, Forschungsinstitut für Verkehrsmedizin,
Odessa

„Die größte Herausforderung besteht darin, alle unterschiedlichen Interessengruppen einzubinden und mit ihnen eine gemeinsame Sprache, einen Plurilog aufzubauen – damit jeder sich mit seinem spezifischen Wissen in den Prozess einbringen und diesen damit bereichern kann, damit weiter arbeiten kann, ohne dass man in dieser Phase schon nach einer Lösung sucht. Es geht darum, um Verständnis für einander zu werben, seine Interessen zu artikulieren und zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame Lösung zu finden.“

– Ursula Caser
Moderatorin und Konfliktmediatorin, Portugal

„Wir versuchen, für die Teilnehmer, die ins Nansen-Zentrum in Lillehammer kommen, einen bedingungs-freien Raum zu schaffen; dadurch, dass sie aus ihrem Umfeld herausgelöst sind, fühlen sie sich frei im Denken und im Reden. An einem Ort weit weg von zuhause, weit entfernt von dem Konflikt und von den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, in denen sie stecken.“

– Inngun Trosholm
Nansen-Zentrum für Frieden und Dialog, Norwegen

„Normalerweise arbeite ich in Israel, aber auch im Ausland, als Mediator für Streitfälle, an denen mehrere Parteien beteiligt sind und bei denen es um mehr als ein Problem geht. In der Mediation arbeitet man mitunter einen Tag, eine Woche, zwei Wochen – und man hat den Eindruck, dass sich nichts bewegt. Und dann, plötzlich, kommt es zu einer Einigung. Noch am Tag davor schien es unvorstellbar, dass es am nächsten Tag zu einer Einigung kommen würde.“

– Moti Mironi
Professor für Rechtswissenschaft, Universität Haifa,
Israel

„Frieden in einem Land, in dem vorher Krieg war, ist keine leichte Sache. Man muss ihn unterstützen, verteidigen und großziehen. In diesem Prozess ist der Dialog ein wichtiges Hilfsmittel. Dialog ist nicht einfach. Er verlangt den Konfliktparteien einiges ab. Wenn die Kommunikation gestört ist, dann ist es schwer, zu einem einfachen Dialog zurückzufinden. Wir Mediatoren und Moderatoren können die wichtige Rolle übernehmen, den an einem Konflikt Beteiligten auf beiden Seiten dabei zu helfen, sich zu verständigen.“

– Galja Kadyrbekowa
Unabhängige Mediatorin, Kiew

Das Material für diesen Artikel wurde von Elisabeth Minkow zusammengestellt, die in der Abteilung Kommunikation und Medienbeziehungen im OSZE-Sekretariat als Praktikantin arbeitet.

Ein Zeichen der Gastfreundschaft

In ganz Nordafrika serviert man Minze-Tee zum Zeichen der Gastfreundschaft. Üblicherweise wird der Tee vom Familienoberhaupt zubereitet und den Gästen dreimal hintereinander eingeschenkt, wie eine maghrebinische Weisheit besagt:

Das erste Glas sanft wie das Leben,
das zweite Glas stark wie die Liebe,
das dritte Glas bitter wie der Tod.

Der Beschluss, eine informelle, allen Teilnehmerstaaten offen stehende Kontaktgruppe auf Expertenebene im Rahmen des Ständigen Rates einzurichten, der auf dem Gipfeltreffen von Budapest im Dezember 1994 gefasst wurde, war ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Nachbarn im Mittelmeerraum. 1995 wurden Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien und Israel Mittelmeerpartner, 1998 kam Jordanien hinzu.

Zum 20. Geburtstag der Kontaktgruppe für die Mittelmeerpartner veröffentlichte das OSZESekretariat eine Gedenkschrift, die einen Überblick über die Zusammenarbeit der OSZE mit ihren Partnern im Mittelmeerraum gibt und alle verfahrenstechnischen Texte und Vereinbarungen enthält. Anlässlich dieses Jahrestags, der am 18. Dezember 2014 im Wiener Kongresszentrum Hofburg feierlich begangen wurde, servierte die Delegation von Marokko den Gästen Minze-Tee; die anderen Partner offerierten typisches Backwerk aus dem Mittelmeerraum.

The OSCE Mediterranean Partnership for Co-operation: a Compilation of Relevant Documents and Information. Herausgegeben von der Abteilung Externe Zusammenarbeit, OSZE-Sekretariat (Englisch). Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei heruntergeladen werden:

www.osce.org/networks/132176





Schnee

Das Bild zeigt ein Auto des in Tiflis stationierten Arbeitsstabs des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst. (Auf Seite x befindet sich ein Artikel über die Auszeichnungen, die der Persönliche Beauftragte, Botschafter Andrej Kasprzyk, in Anerkennung seiner Verdienste um die friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts im Zuge des Ministerrattreffens in Basel erhielt.)

Offenbar fällt in Georgien, wo diese Aufnahme entstand, noch immer reichlich Schnee, doch nach Informationen der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC) deutet einiges auf das Gegenteil hin. In ihrem 5. Sachstandsbericht vom Januar 2014 stellte sie fest, dass die Frühjahrsschneedecke auf der nördlichen Halbkugel zurückgegangen ist.

Jahreszeitlicher Schnee ist ein wichtiger Faktor des Klimasystems der Erde. Er reflektiert die Sonnenenergie zurück in den Weltraum und trägt damit zur Kühlung des Planeten bei. Darüber hinaus erfüllt er die Funktion einer Isolierdecke, die den darunter liegenden Boden und die Organismen schützt. Schmilzt der Schnee im Frühjahr, füllt das Wasser Flussläufe und Speicherbecken.



Der 5. Sachstandsbericht der IPCC ist nachzulesen unter: www.ipcc.ch

Unter folgender Adresse ist eine animierte Landkarte zu finden, aus der die sich verändernde Schneebedeckung in Europa und Asien ersichtlich ist:

www.ncdc.noaa.gov/snow-and-ice/snow-cover/

